

# Thüringer Zeitung

Nr. 128

Mittwoch, den 4. Juni

1902

## Neue Nachrichten.

**Berlin, 2. Juni.** Pastor Diefelhoff aus Trebbin, der über 100 000 M. amtliche Gelber unterschlagen hat, war nach der hiesigen Chartre übergeführt worden, um auf seinen Geisteszustand beobachtet zu werden. Hier ist er plötzlich an einem Leberleiden, das er sich infolge ausschweifenden Lebens zugezogen, gestorben.

**Berlin, 2. Juni.** Flüchtig ist der Sekretär des Lederarbeiter-Verbandes, Berthwenger. Er ist verdächtig, Unterschlagungen im Betrage von mehr als 20 000 M. begangen zu haben. Er redigierte das von dem Verband herausgegebene Fachblatt.

**Leipzig, 2. Juni.** Die beiden Söhne des Kellners Schmidt im Alter von 7½ und 5 Jahren hatten in Abwesenheit der Eltern sich der Petroleumlampe bemächtigt und deren Inhalt in das Feuer der Küchenmaschine gegossen. Hierbei explodierte die Lampe; die Flammen schlugen zurück und setzten die Kleider der unglücklichen Kinder in Brand. Die Kleinen verstarben alsbald.

**Wien, 2. Juni.** Ein blinder Musiker, Wieshofer, 81 Jahre alt, und sein Freund, der Musiker Heurteur, 70 Jahre alt, wollten das Geleise der Straßenbahn überschreiten. Sie wurden von einem Motorwagen niedergestoßen. W. wurde sofort getötet, während Heurteur schwer verletzt wurde.

**Leipzig, 2. Juni.** Im Wilhelmsschlacht in Wiesa erfolgte eine Grubenexplosion. Es wurden 1 Werksschmied getötet, viele Arbeiter schwer verletzt.

**Amsterdam, 2. Juni.** Ein Bulletin besagt: Die Genesung der Königin macht sichtliche Fortschritte. Die Patientin verläßt bereits das Bett und verbrachte gestern zum ersten Mal eine Zeitlang im Freien.

**Paris, 2. Juni.** In St. Denis stießen infolge falscher Weichenstellung 2 Straßenbahnwagen zusammen. Beide Wagen wurden zertrümmert, 24 Personen verletzt.

**Athen, 2. Juni.** Erderschütterungen machen sich seit einigen Tagen an verschiedenen Orten Griechenlands bemerkbar.

**Sori de Grance, 2. Juni.** Die Lage bleibt unverändert. Der Vulkan ist noch immer tätig und wirft Asche aus.

## Preussischer Landtag.

### Abgeordnetenhaus.

80. Sitzung vom 2. Juni, 12 Uhr.

Auf der Tagesordnung steht die Beratung der Anträge betr. Verstärkung des landwirtschaftlichen Zollschutzes.

Der Antrag der Konservativen, der auch vom Centrum unterschrieben ist, lautet: Das Haus der Abgeordneten wolle beschließen, die königliche Staatsregierung aufzufordern, im Bundesrat das für einzutreten, daß dem von der Mehrheit der Reichstags-Zolltarifkommission ausgedrückten Wunsch auf Verstärkung des landwirtschaftlichen Zollschutzes über die Zolltarifvorlage hinaus entsprochen werde.

Die Freikonservativen beantragen diesen Antrag in folgender Fassung anzunehmen: „Die königliche Staatsregierung aufzufordern, im Bundesrat das für einzutreten, daß eine Verständigung mit dem Reichstage betreffs der von der Zolltarifkommission gefassten Beschlüsse auf Verstärkung des Zollschutzes für die Landwirtschaft über die Sätze der Zolltarifvorlage hinaus, herbeigeführt werde.“

Ministerpräsident Graf Bülow: Zu den vorliegenden Anträgen habe ich namens der kgl. Staatsregierung folgende Erklärung abgegeben: „Die kgl. Staatsregierung lehnt es ab, an den Beratungen dieser Anträge sich zu beteiligen. — Der dem Reichstage vorliegende Entwurf eines Zolltarifs bildet einen nach langen und mühevollen Verhandlungen unter den verbundenen Regierungen zu Stande gekommenen Kompromiß. Nachdem der Entwurf dem Reichstage vorgelegt ist, gehört diese Materie zur Kompetenz des Reichstags. (Zustimmung und Beifall links.) Die gleichzeitige Beratung dieses Gegenstandes in den Landtagen und namentlich in denjenigen des größten Bundesstaates kann nur den Zweck verfolgen, von den parlamentarischen Körperschaften der Einzelstaaten aus einen Einfluß auf die Beschlußnahme des Reichstages auszuüben. Eine solche Tendenz würde dem Wesen der Reichsverfassung nicht entsprechen. (Beifall links.) Es muß die Staatsregierung ihrerseits sich vertragen, ihren übrigen an zuständiger Stelle bereits wiederholt unzweideutig dargelegten Standpunkt in der zur Diskussion stehenden und zur Kompetenz des Reiches gehörenden Frage hier in diesem Hause näher zu entwickeln. (Beifall links.)

Nach der Erklärung des Reichskanzlers verlassen die Regierungsvertreter den Saal.

Abg. v. Hennebrand (kons.) Ich kann über die Erklärung des Ministerpräsidenten nur mein Bedauern aussprechen. Wir haben geglaubt, daß die Stellungnahme des Landtags in dieser Frage geeignet sein werde, die Reichsregierung zu beeinflussen. Das ist nicht geschehen. Unsere Wünsche werden die Frage an uns richten, was wir getan haben zum Schutze der Landwirtschaft. Es fragt sich, ob die deutsche Landwirtschaft noch bestehen kann oder nicht. Der preussische Landtag ist durchaus der Ort, wo eine solche Frage erörtert werden kann. Der Antrag geht dahin, daß wir die Verstärkung des agrarischen Zollschutzes, welche die Mehrheit der Zolltarifkommission angenommen hat, auch von der Mehrheit des Bundesrats angenommen zu sehen wünschen. Daß der Getreidebau lohnend erhalten wird, ist eine Existenzfrage allerersten Ranges für die Landwirtschaft. Unser Antrag bezieht sich auf die Viehzucht. In manchen Landesteilen hat die Viehzucht dieselbe Bedeutung wie der Getreidebau. In der letzten Zeit ist die Preislage der Viehproduktion eine befriedigende gewesen. Das kann sich aber in der Zukunft ändern. Wir haben leider sehen müssen, daß die Haltung des Bundesrats fortgesetzt eine ablehnende gewesen ist. Die Rücksicht auf das Ausland ist nicht maßgebend. (Beifall rechts.) Meine Freunde sind darin einig, daß die früheren Handelsverträge ein Unglück für die Landwirtschaft bedeuten. (Sehr richtig! rechts.) Fürst Bismarck, der große Vorgänger des Grafen Bülow, hielt es mit der souveränen Verfassung für durchaus vereinbar, daß die Einzel-Landtage mitzusprechen haben über Reichsangelegenheiten. Wir sind alle davon überzeugt, daß seit zwanzig Jahren die Verhältnisse der Landwirtschaft sich im wesentlichen verschlechtert haben. Die Landwirtschaft hat kein Interesse an langfristigen Handelsverträgen. Mögen die Opfer auch von denjenigen getragen werden, die Nutzen davon haben. Alle Vertreter der deutschen Landwirtschaft sind darin einig, daß das, was von der Mehrheit der Zolltarifkommission verlangt wird, noch weit hinter dem zurückbleibt, was der Landwirtschaft nötig ist. Redner verweist auf die Maßregel der Amerikaner, die sie zum Schutze ihrer Landwirtschaft ergreifen haben, sowie auf die letzten Äußerungen des Minister Chamberlain über die Schutzpolitik, die die Engländer einzuschlagen beabsichtigen. Wir wollen vom Standpunkt der Interessen, die uns anvertraut sind, offen vor dem Lande sagen, daß wir durchdringen sind von der Notwendigkeit der Erhöhung der Zölle. (Beifall rechts und im Centrum. (Büchen links.)

Abg. Frhr. v. Zedlitz (fr.) verliest eine längere Erklärung seiner Fraktion. Dem Ministerpräsidenten gegenüber bemerkte ich, daß wir durchaus zweifellos legitimiert sind, uns mit dieser Angelegenheit zu beschäftigen. Wir wollen uns an den weiteren Verhandlungen nicht beteiligen und beschränken uns auf diese Erklärung. Falls unser Antrag abgelehnt werden sollte, werden wir bei weiteren Abstimmungen uns der Stimme enthalten. (Beifall bei den Freikonservativen.)

Abg. v. Eynern (nl.) Ich habe Erklärung abgegeben: „Die nationale liberale Fraktion will es ablehnen, zu den durch die Anträge angeregten Fragen in dem Augenblick, wo diese Fragen der Beratung des Reichstags unterliegen und für welche dieser allein kompetent ist, Stellung zu nehmen. (Sehr richtig! links.) Wir werden deshalb gegen beide Anträge stimmen.“ (Nachen rechts.)

Abg. Herold (chr.) Die Vertreter der Regierung haben in der Zolltarifkommission in Agrarfragen eine durchweg ablehnende Stellung eingenommen, und dieser ablehnenden Haltung gegenüber haben wir und die konservative Partei es für angezeigt gehalten, die Angelegenheit auch hier zur Sprache zu bringen. Es ist nicht die Absicht, wie der Reichskanzler anzunehmen scheint, durch unsere Stellungnahme Einfluß auf den Reichstag auszuüben, sondern wir beabsichtigen, Einfluß auszuüben auf die preussische Staatsregierung. (Sehr richtig! rechts.) Eine geschlossene Majorität der Landesvertretung bringt damit die Volksstimme, welche durch den Landtag zum Ausdruck kommt, zur Geltung. Der Reichskanzler hat das Recht bestritten, hier Reichsangelegenheiten zu erörtern. Das ist aber schon sehr oft geschehen. (Zustimmung rechts.) Es ist auch gar nicht zweifelhaft, daß die Landesvertretung berechtigt ist, ihre Wünsche der Staatsregierung zum Ausdruck zu bringen. Ueber die Notwendigkeit einer Erhöhung der Getreidezölle über die Vorlage ist jede Diskussion überflüssig. Wenn wir bei Abschluß der Handelsverträge nicht ein gewisses Minimum erhalten, dann ist es besser, gar keine Handelsverträge zu haben.

Abg. Richter (fr. Volksp.) Wie die Polen vor einigen Tagen, so haben heute die Regierungsvertreter den Saal verlassen. Bismarck hatte das auch schon einmal im Reichstag gemacht, als die

Freikonservativen einen Antrag zur Polenfrage eingebracht, die nach seiner Meinung allein den Landtag angehe. Graf Bülow hat einmal gesagt, ich sei der tertius gaudens, wenn er mit den Agrariern abrechne. Das bezog sich auf die Kanalvorlage. Damals habe ich mich gar nicht so gaudiert. Aber heute erfüllt mich ein gewisses Gaudium. Als tertius bin ich unbeteiligt, da für mich sowohl der Standpunkt der Regierung, wie der Agrarier unannehmbar ist. Als im Anfang der Session Graf Bülow seine Verantwortlichkeit bestritt in diesem Hause in Bezug auf Ministerwechsel, den Schluß der Session und sogar in Beziehung auf die Einbringung von Vorlagen, da wurde auf der rechten Seite von keiner Seite gegen solche Einschränkung der Verantwortlichkeit Protest erhoben. Die Herren auf der rechten Seite können einigermassen verwundert darüber sein, daß der Reichskanzler nun bestimmt sagte, hier dürfte in solchen Zollangelegenheiten nicht gesprochen werden. Als der Herr Reichskanzler hier seine Antrittsvisite als Ministerpräsident machte, hat er selbst auch über diese Zollfragen gesprochen, ebenso bei der ersten Beratung des Etats in diesem Jahre. Auch gab er eine Erklärung ab, als von der rechten Seite im vorigen Jahre ein Antrag in Bezug auf die Erhöhung der Zölle gestellt wurde. Damals bekam der Herr Ministerpräsident Reich „Lebhaftes Bravo! rechts.“ Ich kann es deshalb den Herren auf der Rechten nicht verübeln, wenn sie nun einmal nachfragen, ob ihr lebhaftes Bravo zu diesen allgemeinen Erklärungen sich nun auch noch rechtfertigt. (Sehr gut! links.) Andererseits muß ich als unparteilicher Dritter aber auch sagen, daß ich in dieser Situation den Antrag, gelinde gesagt, sehr merkwürdig finde; denn Sie m. H., auf der Rechten, haben doch Gelegenheit, den Grafen Bülow jeden Tag im Reichstag zu sprechen. Auch kann die Zolltarifkommission jeden Tag die Angelegenheit mit einem Vorbericht an das Plenum bringen. In jedem Falle ist eine Debatte hier über diese Frage nur ein unvollkommenes Surrogat für eine Plenardebatte des Reichstags. Abg. Herold meint, in der Zolltarifkommission habe der Reichstag gesprochen und eine geschlossene Mehrheit bekundet. Nein, die Zolltarifkommission hat sich eine zweite Lesung vorbehalten, und die Kommission ist noch nicht das Plenum. Wie konnte gerade das Centrum hier einen solchen Antrag unterschreiben? (Sehr richtig! links.) Die Taktik des Centrums lehnt es nach dem Vorgange des Abg. Windthorst stets ab, überhaupt in Kommissionen sich endgültig festzulegen. Nun wollen Sie hier die Regierung festnageln. Abg. Herold will aus dem Kommissionsbeschluss auf eine fest geschlossene Mehrheit schließen. In der Kommission aber betrug für die Mindestzölle in den Sägen, auf die sich diese Anträge beziehen, die Mehrheit nur 14 gegen 11. Es brauchen also nur 3 umzufallen von den 14, und mit Stimmengleichheit werden unter 28 die höheren Sätze der Mindestzölle in 2. Lesung abgelehnt. Hat denn die Autorität dieses Hauses eine entfernte Bedeutung für die Mehrheit des Reichstags? Dort haben die Porteten, die diesen Antrag unterschrieben, keine Mehrheit. Vergessen Sie nicht, das Abgeordnetenhaus ist auf der Grundlage des Dreiklassenwahlsystems gewählt. Vergessen Sie nicht, daß es gewählt ist von nur 20 % der Wahlberechtigten gegenüber 70 % der Wahlbeteiligung im Reichstage, und daß die Einteilung der Wahlkreise hier noch viel weniger als im Reichstage den wirklichen Verhältnissen entspricht. Beim Bestrahl des Landwirtschaftsrats hat Graf Bülow jede Erhöhung und Vermehrung der Mindestzölle abgelehnt. Und trotz allem sage ich: Graf Limburg hat Recht als er im Circus Busch behauptete: Wenn Graf Bülow ginge, so würde kein so Landwirtschaftsfreundlicher an seine Stelle treten. Ich sage: es hat nie einen so agrarischen Kanzler gegeben. Gehen Sie darum mit diesen Kameraden in gleichem Schritt und Tritt, sonst erleben Sie Schaden. Bei den letzten Reichstagswahlen waren die Erklärungen der agrarischen Kandidaten schon überaus gemäßigt. (Sehr richtig!) In Elbing-Marxenburg hat Herr v. Oldenburg erklärt, er sei kein Unmensch! (Heiterkeit) er nehme keinen extremen Standpunkt ein, sondern werde sich mit dem begnügen, was zu bekommen ist. So geht es schließlich mit Ihnen allen: Wenn Sie nicht mehr bekommen können vom Grafen Bülow, nehmen Sie, was Sie kriegen können. (Heiterkeit.) Bei der Wahl im Rastenburg Kreis hat der Kandidat v. Rauter in Bartenstein gesagt: Herr v. Wangenheim habe den Kommissionsantrag nicht unterschrieben, damit desto besser gehandelt werden könne. (Heiterkeit links.) So wird dann schließlich doch der Rückzug auf die Regierungsvorlage stattfinden in den entscheidenden Dingen. Wenn nun wirklich das Unbegreifliche Ereignis würde, wenn die Wasser zu tief sein sollten, daß die Agrarier mit dem

Reichskanzler zusammenkommen, wäre das etwa ein Unglück? Dann schließen wir von der Rechten mit Ihnen von der Rechten ein Bündnis und verwerfen dann gemeinsam den ganzen Tarifentwurf. (Sehr richtig! links.) Dann sind wir wieder einträchtige Freunde. (Große Heiterkeit.) Noch besser wäre es freilich, wenn die Regierung angesichts einer solchen Situation den ganzen Entwurf zurückzöge. Sie ersparte dann in der Blühperiode des Sommers den Ministern, den Kommissarien, den Kommissionsmitgliedern mit und ohne 2000 Mk. Plätzen die vielen Sitzungen. So lange keine Handelsverträge zu Stande kommen, die besser sind als die jetzigen, oder mindestens gleichwertig, kann man ja die bestehenden Handelsverträge prolongieren, und wenn erst ein neuer Reichstag aus den Wahlen im nächsten Juni hervorgegangen ist, würde es meines Erachtens viel leichter werden, richtige Handelsverträge abzuschließen, als es jetzt noch möglich ist. (Beifall rechts links.)

Abg. Fuchs (cent.): Wenn die Eisenindustrie keinen Zollschutz gehabt hätte, so rauchten heute unsere Schöte nicht mehr; darunter hätten in erster Linie die Arbeiter zu leiden gehabt. Von der Höhe des nationalen Wohlstandes, den wir gerecht verteilen wollen, ist die Sozialreform abhängig. Es ist eine Spekulation auf die Dummheit der Massen, wenn man von der Erhöhung der Getreidezölle eine Brotvermehrung in Aussicht stellt.

Abg. Dr. Barth (fr. Vgg.): Als im Jahre 1894 die Schweiz einen hohen Generaltarif vorlegte, da hat Graf Kanitz erklärt, diesen Tarif könne man nicht ernst nehmen. Ich hoffe, daß Graf Kanitz auch heute eine ebenso hohe Stellung zu dem deutschen Generaltarif einnehmen wird. Redner spricht seine Genugtuung darüber aus, daß von Seiten der Regierung klipp und klar erklärt ist, daß die Einzel-Landtage nicht mit Reichsangelegenheiten sich zu befassen haben. Das entspricht auch durchaus dem Sinn der Reichsverfassung. Der preussische Landtag kann auch in dieser Frage keine Direktive für die Reichspolitik geben, weil die Sozialdemokratie, die doch vorzugsweise die Arbeiter vertritt, die von den Zöllen besonders betroffen werden, in diesem Hause durch kein einziges Mitglied vertreten ist. Ich hätte nicht erwartet, daß die Regierung zu einer solchen energiegelichen Erklärung sich ausschwingen würde nach ihrer bisherigen schwächlichen Haltung. Die Herren von der Rechten haben erklärt, daß die Landwirtschaft zu Grunde gehen werde, wenn ihre Forderungen nicht bewilligt werden. Ich hoffe, daß die Herren so charakterfest sein werden, um auf ihren Forderungen zu bestehen; dann wird die Folge davon sein, daß die ganze Vorlage nicht zu Stande kommt, was dem Lande nur zum Segen gereichen wird. (Beifall links.)

Abg. Frhr. v. Wangenheim (kons.) erklärt, daß aus der Tatsache, daß er den Antrag nicht mit unterschrieben habe, nicht geschlossen werden dürfe, daß er mit dem Antrage nicht einverstanden sei. Der Landtag hat das Recht, sich mit der Regierung darüber auszusprechen, was die Mehrheit im Lande denkt. (Sehr richtig! rechts.) Die Sozialdemokraten werden kommen, aber über Ihre (nach links) Zeichen. (Heiterkeit.) Die Sozialdemokratie hat sich bisher als die ärgste Feindin des wahren Wohles der Arbeiterschaft gezeigt (Sehr richtig! rechts), wenn sie auch die Parteien veranlaßt hat, über manche berechtigzte Klage nachzudenken, so kommt es ihr doch nicht darauf an, zufriedene Arbeiter zu schaffen. Der Abg. Richter hat heute eine seiner besseren witzigen Reden gehalten. Gerade von agrarischer Seite ist in den letzten Jahren der Industrie das äußerste Entgegenkommen gezeigt worden. Eine Festlegung der landwirtschaftlichen Zölle kann ich nicht machen, ehe ich nicht weiß, wie sich die Industriezölle gestalten werden. Wir achten die Situation der Regierung, wir sind aber auch überzeugt, daß wir Hand in Hand mit den Wählern gehen. Die ganze Agitation gegen die Lebensmittelsätze ist nur von Ihrer Seite (nach links) erfunden worden. Geht es so weiter, so werden bald die Freunde des Dr. Barth zahlreich in den Landtag einziehen. (Beifall rechts.)

Abg. Dr. Sattler (nl.) Meine Freunde haben es immer für bedenklich gehalten, wenn die Einzel-Landtage sich mit Reichsangelegenheiten befassen. Fürst Bismarck hat, solange er Reichskanzler war, sich engerisch eine solche Gemischung verboten. Abg. v. Wangenheim will angeblich die Interessen von Industrie und Landwirtschaft vereinigen. Wie Sie (nach rechts) die Interessen der Industrie vertreten, das haben Sie bei der Kanalvorlage gezeigt. (Sehr gut! links.) Wenn Sie fortfahren in dieser Taktik, indem Sie bei der Vereinigung der Interessen von Industrie und Landwirtschaft immer für sich selber das Meiste fordern, so wird es Ihnen gehen wie den betäubten Hahnen. (Heiterkeit und Beifall links.)



Druck und Verlag der Reichsdruckerei Ernst Lambert, für die Redaktion verantwortlich: Curt Posch; beide in Thorn.